

**Tino Bargel**

**Zum Wandel politischer Orientierungen  
bei Studierenden  
seit Beginn der 80er Jahre**



Tino Bargel

**Zum Wandel politischer Orientierungen  
bei Studierenden seit Beginn der 80er Jahre**

Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung (33)

Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Universität Konstanz, November 2000

Herausgeber der Reihe „Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung“:  
Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Universität Konstanz,  
Fachbereich Geschichte und Soziologie, 78457 Konstanz  
Tel. 07531/88-2896

Die AG Hochschulforschung im Internet:  
<http://www.uni-konstanz.de/FuF/SozWiss/fg-soz/ag-hoc/ho-fo-i.html>

ISSN 1616-0398

# Inhalt

Vorwort.....	I
Wandel des politischen Bewusstseins und der Meinungsführerschaft in der Studentenschaft .....	1
National-konservativer Gesinnungswandel der Studierenden? .....	15



## Vorwort

Allenthalben wird ein Nachlassen des politischen Engagements der Studierenden an den Hochschulen diagnostiziert. Verwiesen wird auf die geringe Beteiligung an Wahlen zu den Hochschulgremien, das Ausbleiben von Protesten und Demonstrationen, die schwache Resonanz auf politische Veranstaltungen der Asten oder anderer Hochschulgruppen.

Welche Veränderungen in den politischen Orientierungen der Studierenden sind aufgrund empirischer Erhebungen, wie sie der Studierenden-survey darstellt, erkennbar? Diese Langzeitstudie ermöglicht es, für die letzten 20 Jahre genauer auf Prozesse des Wandels einzugehen und sie nachzuzeichnen. Denn seit dem WS 1982/83 werden alle zwei bis drei Jahre etwa 8.000 Studierende an Universitäten und Fachhochschulen befragt, seit dem WS 1992/93 auch in den neuen Ländern. Im WS 1997/98 fand bereits die 7. Erhebung statt.

Die Thematik des Fragebogens ist zwar hauptsächlich auf die Erfahrungen im Studium und die Urteile zur Studiensituation ausgerichtet, aber auch eine Reihe von Fragen zu den politischen Vorstellungen sind darin enthalten, etwa:

- zu den demokratischen Orientierungen und den Urteilen über die politischen Institutionen (wie Parteien, Parlament etc.),
- zur Übereinstimmung der eigenen Anschauungen mit politischen Grundrichtungen und ihren Positionen,
- zur Ablehnung oder Unterstützung eines Spektrums politischer Ziele,
- zum politischen Interesse, zur Beteiligung am politischen Geschehen innerhalb und außerhalb der Hochschule,
- zur Protestbereitschaft und Akzeptanz unkonventioneller Handlungsformen in politischen Auseinandersetzungen,
- zur Einschätzung gesellschaftlicher Entwicklungen (wie Ungleichheit, Wettbewerb, Technikfolgen).

Damit liegt für die letzten 20 Jahre eine beachtliche Zeitreihe mit sieben Messzeitpunkten vor, die es erlaubt, möglichen Veränderungen und Zusammenhängen differenziert nachzugehen – auch im Vergleich der Fächer, der Zugehörigkeit zu verschiedenen Gruppierungen oder nach der politischen Teilnahme.

Die beiden in diesem Heft zusammengestellten Referate gehen auf die Frage des „Wandels politischer Orientierungen unter den Studierenden“ in unterschiedlicher Weise ein.

Das erste Referat aus dem Jahre 1998 über „Wandel des politischen Bewusstseins und der Meinungsführerschaft deutscher Studierender“ wurde auf Einladung des Landeszentrale für politische Bildung in Hessen gehalten und behandelt drei Fragenkreise:

1. Was ist aus der politischen Energie und dem Engagement der Studierenden geworden, insbesondere im Hochschulbereich? Wie steht es um ihre frühere Protestbereitschaft?
2. Was sind die kennzeichnenden Konturen des Wandels in den gesellschaftlich-politischen Vorstellungen und Zielen?
3. Hat es eine Verschiebung in der „Meinungsführerschaft“ gegeben, sowohl hinsichtlich der dominanten Denkmuster als auch hinsichtlich der Akteure auf der politischen Bühne?

Das zweite Referat, bereits im Jahre 1994 auf Einladung des Konstanzer AStA verfasst, thematisiert die Problematik, inwieweit unter den Studierenden Anhänger und Sympathisanten national-konservativer, rechter Haltungen und Positionen zu finden sind: Wie groß ist ihr Anteil? Wodurch sind sie zu charakterisieren? Welche Einflusschancen haben sie in der Studentenschaft? Die damaligen Ausführungen, Einschätzungen und Folgerungen bleiben nach wie vor gültig, sogar in verstärktem Maße, wenn die weitere Entwicklung zwischen 1995 und 1998 herangezogen wird. Denn in dieser Zeit hat sich das „rechte Potential“ unter den Studierenden vergrößert, sowohl was den engeren Kreis der Anhänger als auch den weiteren Kreis der Sympathisanten und Dulder betrifft.

Gemäß der in den beiden Referaten vorgestellten Befunde kann zwar übertriebener Besorgnis entgegengehalten werden, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Studierenden nach wie vor als „sattelfeste Demokraten“ gelten kann und immer noch, mehr als andere Bevölkerungsgruppen, zumindest interessiertes Publikum des politischen Geschehens ist. Aber die Befunde geben auch Anlass zur Achtsamkeit und verlangen nach bewussterer politischer Bildungsarbeit, weil die beobachteten Entwicklungen einige problematische Ingredienzien enthalten. Dazu gehören die um sich greifende Gleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit vieler Studierenden gegenüber öffentlichen Belangen, die Desensibilisierung gegenüber Aspekten von Gerechtigkeit und Solidarität sowie die Bündelung rechter Haltungen in manchen Fächergruppen wie Jura oder Wirtschaftswissenschaften.

Tino Bargel  
Konstanz, November 2000



# **Wandel des politischen Bewusstseins und der Meinungsführerschaft in der Studentenschaft**

## **Einführung, Empirie und Problemstellung**

Mein Beitrag zum Thema "Wandel des politischen Bewusstseins und der Meinungsführerschaft deutscher Studierender" ist nicht als Vergleich der 90er mit den 60ern angelegt, eine gegenwärtig beliebte Gegenüberstellung. Solcher Magie der Dezennien und Assoziationen will ich nicht folgen, sondern mich auf die Entwicklungen in den letzten fünfzehn Jahren, d.h. von 1983 bis 1998 beschränken.

Der Grund dafür ist einfach. Für diesen Zeitraum der letzten fünfzehn Jahre kann ich meine Ausführungen auf eine spezielle empirische Quelle stützen: die Befunde des Studierendensurveys. Es handelt sich um eine Langzeituntersuchung, bei der seit 1983 von der AG Hochschulforschung an der Universität Konstanz, der ich angehöre, alle zwei bis drei Jahre etwa 8.000 Studierende an Universitäten und Fachhochschulen mit einem umfangreichen, schriftlichen Fragebogen befragt werden; seit 1993 sind auch Hochschulen und Studierende der neuen Länder einbezogen. Die letzte Erhebung im WS 1997/98 war für die alten Länder bereits die siebte, für die neuen Ländern die dritte Erhebung - eine recht beachtliche Zeitreihe.

Die große Zahl befragter Studierender (bei einer Rücklaufquote von 40 und mehr Prozent) sichert nicht nur eine weitgehende Repräsentativität der Befunde, sondern erlaubt auch manche aufschlussreichen Vergleiche: z.B. zwischen ost- und westdeutschen Studierenden oder zwischen den Angehörigen verschiedener Fächer. Die Zeitreihe ermöglicht zudem, Trends und Veränderungen zu erkennen, bedenkliche Signale zu registrieren, aber auch unzutreffende Unterstellungen zurechtzurücken. Die Befragung im letzten WS 1997/98 erlaubt einige aktuelle Einblicke, die direkt aus der Werkstatt kommen: etwa zum Stellenwert der Streiks und Demonstrationen im letzten Winter oder zur Entwicklung der Akzeptanz oder Ablehnung verschiedener Grundrichtungen.

Unsere Untersuchung ist, dem Charakter als Survey entsprechend, weder als qualitative Tiefenanalyse noch als bloße Meinungsumfrage zu verstehen; vielmehr sind unsere Fragen und Vorgaben zumeist bewährte und geprüfte Indikatoren. Für den Bereich des Politischen, der nur einen kleinen Teil des Instrumentes umfasst, beziehen sie sich auf das politische Interesse und Engagement, auf die demokratischen Einstellungen, die Präferenzen politischer Richtungen und die Unterstützung oder Ablehnung politischer Ziele, sowie die Urteile zu gesellschaftlichen Verhältnissen wie Ungleichheit, Wettbewerb, Technik und Umwelt bis hin zu alternativen Orientierungen. Es handelt sich zumeist um einen Kranz von Indikatoren verschiedenen Allgemeinheitsgrades, bei denen nicht nur Einstellungen, sondern ebenso Konzepte und Verhaltensweisen, z.B. der Partizipation oder Protestbereitschaft, angesprochen werden.

Befassen wir uns mit dem Wandel des politischen Bewusstseins der Studierenden, haben wir nicht nur die Entwicklungen in ihrem Verlauf (als Anteile und Mittelwerte) einfach nachzuzeichnen, sondern gleichermaßen zu klären, welche Konfliktlinien und Gegensätze, welche Koalitionen und Gegnerschaften, möglicherweise Feindschaften vorhanden sind. Und als zweite Frage: Hat sich die Meinungsführerschaft verlagert? Dabei meint Meinungsführerschaft sowohl dominante Vorstellungsmuster, die sich in ihrer Geltung ausbreiten, als auch den (möglichen) Wechsel von Akteuren und Agenten auf der politischen Bühne, die um den Einfluss ringen. Nach der Skizze zum Wandel des politischen Bewusstseins deutscher Studierender in seinen hauptsächlichen Zügen während der letzten fünfzehn Jahre, will ich daher auf diese beiden Fragenkreise der Meinungsführerschaft und Konfliktlinien in der Studentenschaft eingehen; ehe ich abschließend einige Folgerungen ziehe.

## **I Skizze zum Wandel des politischen Bewusstseins**

Politisches Interesse, Partizipation und Engagement auf der einen Seite, politische Richtungen und Positionen auf der anderen Seite bilden gleichsam die Grundkoordinaten politischer Handlungspotentiale: die der politischen Intensität und Energie einerseits, die des politischen Standortes und der Zugehörigkeit andererseits. Hat sich die Lagerung der Studierenden in diesen beiden wichtigen Achsen insgesamt verschoben, und hat sich das Verhältnis der verschiedenen Fachrichtungen zueinander verändert?

### **(1) Interesse, Partizipation und Engagement**

Es ist zwar keine drastische Abnahme des allgemeinen politischen Interesses bei den Studierenden zu konstatieren, gleichsam von hundert auf null. Aber eine deutliche, schleichende Abschwächung ist in den 90er Jahren eingetreten, die sich auch 1998 weiter fortgesetzt hat. Dennoch können die Studierenden mehrheitlich nicht als apathisch bezeichnet werden. Sie sind überwiegend und noch immer ein relativ aktives und mitgehendes Publikum (eher buhend als applaudierend). Allerdings sind sie viel seltener als früher engagiert oder bewegte Akteure, noch seltener Gladiatoren in der politischen Arena oder Funktionäre in Organisationen und Gremien.

Stark gefallen, vor allem in den 80er Jahren, ist das studentische Interesse an Hochschulpolitik. Noch geringer ist ihr Interesse an "studentischer Politik", einst Markenzeichen eines selbstbewussten politischen Mandates. Im Zuge der Streiks im letzten Wintersemester erhöhte sich, auch in unseren Befragungen, zwar das Interesse an Hochschulpolitik, geringfügig auch an studentischer Politik, aber das allgemeine politische Interesse blieb gedämpft. Insofern, so ließe sich aus dieser Datenkonstellation schließen, war der Streik und Protest im Wintersemester 1997/98 eher ein Strohfeuer, nicht in längerfristige politische Engagements eingebunden – und hat sie bei den meisten Studierenden offensichtlich auch nicht ausgelöst. Eine "Politisierung", die über den Tag hinaus für mehr Studierende tragfähig wäre, hat sich (bislang) nicht eingestellt.

Den Studierenden wurde schon immer ein geringer Organisationsgrad und eine spärliche Beteiligung in politischen Organisationen nachgesagt. Politischen Organisationen standen die Studierenden eher mit Misstrauen bis Abneigung gegenüber, wie bereits die erste empirische Befragung 1947 bei Kölner Studierenden erbrachte und spätere Befragungen, auch der 60er und 70er Jahre, bestätigten. Studierende lassen sich lieber auf Ideen und Bewegungen ein, verbunden mit Betätigungen in informellen Aktionen und Gruppierungen. Deren Bindungskraft ist aber ebenso weitgehend verloren gegangen, so dass durchaus von einem gewissen "politischen Vakuum", was Engagement und Partizipation betrifft, bei den Studierenden gesprochen werden kann. Die offiziellen Hochschulgremien wie auch die allgemeine Studentenvertretung finden kaum noch Resonanz; daran haben auch die Streiks des letzten Winters wenig geändert.

Am häufigsten, und weiterhin zunehmend, engagieren sich die Studierenden in den Fachschaften. Sie stellen für sie einen der seltenen sozialen Kristallisationskerne an den Hochschulen dar, und bilden die Plattform für Aktivitäten, meistens im sozialen und kulturellen, manchmal auch im politischen Bereich.

Wenn wir fachspezifisch genauer nachschauen, sind Unterschiede in den politischen Partizipationsformen bemerkenswert, die sich gehalten haben: In politischen Vereinigungen an den Hochschulen wie in politischen Parteien sind am häufigsten Juristen, gefolgt von den Ökonomen aktiv; dagegen betätigen sich in informellen Aktionsgruppen an den Hochschulen oder in Bürgerinitiativen außerhalb der Hochschulen am ehesten Studierende der Sozialwissenschaften, gefolgt von denen der Geisteswissenschaften. Die "politische Energie" der Studierenden in den letzteren beiden Fächergruppen der Sozial- und Geisteswissenschaften ist aber deutlich erlahmt, während die der Juristen und Ökonomen nahezu unverändert stark geblieben ist. Dadurch ist eine für das politische Meinungsklima an den Hochschulen entscheidende Verlagerung der politischen Energie im Links-Rechts-Spektrum eingetreten.

## **(2) Politische Richtungen und Ziele**

Welche politischen Positionen vertreten oder teilen denn die Studierenden? Welche Grundrichtungen, von marxistisch-kommunistisch über grün-alternativ und sozialdemokratisch sowie liberal und christdemokratisch bis hin zu national-konservativ, teilen sie oder lehnen sie ab? Studierende, die sich als Anhänger solcher Grundrichtungen bezeichnen, unterscheiden sich deutlich voneinander hinsichtlich ihrer politischen Themen und Ziele, ebenso in manchen ihrer demokratischen Einstellungen wie in ihren Urteilen zu den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Diese Zusammenhänge kann ich nicht im einzelnen ausbreiten, aber versichern, dass die eigene Zuordnung der Studierenden zu diesen politischen Grundrichtungen einen hohen Signalwert besitzt. Dazu einige Befunde hinsichtlich der aktuellen Lage.

Viele Studierende sehen sich keiner politischen Richtung zugehörig: in Westdeutschland über ein Viertel (28%), in Ostdeutschland sogar mehr als ein Drittel (38%). Ihre

politischen Vorstellungen bleiben diffus und disparat, sind nicht ideell-konzeptuell gebündelt, jedenfalls nicht in den vorgegebenen, gleichsam "traditionellen" Positionen. Weniger als die Hälfte der Studierenden (etwa 40%) bevorzugt eine Richtung, hängt ihr alleine an, ohne andere zu akzeptieren; eine recht eindeutige Zugehörigkeit und Abgrenzung. Schließlich hat ein Viertel der Studierenden stärkere Affinitäten zu den Positionen von zwei oder drei Richtungen. Diese politischen Koalitionen "in einer Brust" sehen in West- und Ostdeutschland allerdings anders aus: im Westen ganz überwiegend rot-grün, d.h. sozialdemokratisch und grün/alternativ (13%); im Osten entweder grün-alternativ und sozialdemokratisch oder kommunistisch und grün-alternativ (jeweils etwa 4%).

Insgesamt stimmen Studierende in Ost- und Westdeutschland am häufigsten mit grün-alternativen und sozialdemokratischen Grundpositionen überein, im Westen noch etwas häufiger (insgesamt 41%, im Osten 32%). Diese Bindung hat sich aber in den letzten Jahren etwas abgeschwächt. Die Zuordnung zu liberalen Grundpositionen hat weiter nachgelassen, nicht zuletzt bei den ostdeutschen Studierenden. Christlich-konservative Positionen haben nach einem gewissen Zulauf (zwischen 1990 und 1995) wieder einen Rückgang zu verzeichnen, in West- wie Ostdeutschland.

Kommunistisch-marxistische Positionen werden von den meisten Studierenden, teilweise vehement, abgelehnt, aber in den neuen Ländern doch von einem größeren Teil mehr oder weniger geteilt, und zwar von etwa einem Viertel der dortigen Studierenden; im Westen stimmt diesen Positionen nicht einmal jeder zehnte Studierende zu. Nach einer Phase der stärkeren Ablehnung Anfang der 90er Jahren, ist diese wieder zurückgegangen und ein gewisses Wiedererstarren der Anhängerschaft ist zu beobachten.

Bis 1995 war eine Zunahme des National-Konservatismus nicht festzustellen. Das hat sich geändert. Die Zurückweisung solcher Positionen hat sich im WS 1997/98 deutlich verringert, die Tolerierung oder teilweise Akzeptanz ist gestiegen. Die positive Zustimmung zur national-konservativen Grundrichtung reicht von vier Prozent bei den westdeutschen Studierenden an Universitäten (Fachhochschulen 6%) bis zu 7 Prozent an den ostdeutschen Fachhochschulen (Universitäten 6%). Die "stille Tolerierung" ist mit 17 Prozent an den ostdeutschen Fachhochschulen besonders hoch. Im übrigen sind die Männer unter den Studierenden deutlich häufiger Vertreter national-konservativer Haltungen als Studentinnen, sowohl in West wie in Ost, zumal wenn sie die Wehrpflicht bei der Bundeswehr absolviert haben. National-konservative sind (soll ich sagen: erwartungsgemäß) häufiger in Verbindungen zu finden.

Außerdem hat in auffälliger Weise seit 1995 die Zustimmung zu zwei politischen Forderungen zugenommen, die vorher eindeutig als Thema hauptsächlich von rechten und national-konservativen Studierenden besetzt waren, auch in deutlicher Abhebung von christlich-konservativen Studierenden: die "Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern" (als die vielleicht feinere, akademische Variante zur "Ausländer-raus!" Parole) und die "Abwehr von kultureller Überfremdung". Bei den ostdeutschen Studierenden war die Zustimmung zu diesen beiden Forderungen schon früher recht hoch, aber nun wird sie von westdeutschen Studierenden ebenfalls mehr akzeptiert.

### **(3) Demokratische Einstellungen**

In den 70er Jahren hat es eine kontroverse Debatte gegeben zur Frage: Wie links und/oder demokratisch sind die Studenten? Es ist wohl selbst ein Zeichen des Wandels, dass sich heute diese Frage ganz anders stellt: Wie rechts und/oder undemokratisch sind die Studierenden?

Die beiden fundamentalen Prinzipien der Demokratie, einerseits die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, andererseits die Ablehnung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, beide Prinzipien finden unter den Studierenden in Ost- und Westdeutschland nahezu einhellige Akzeptanz. Ein wichtiger Grundkonsens bei allen anderweitigen Differenzen, das sei anerkannt.

Aber andere Prinzipien der Demokratie werden von den Studierenden nicht so umfassend akzeptiert und die Unterschiede zwischen den Studierenden in West- und Ostdeutschland sind beachtlich. Mit den pluralen und kritischen, auch kontroversen und konflikthaften Elementen, wie sie für die westlichen Demokratien typisch sind, damit haben recht viele Studierende, insbesondere aus den neuen Ländern, ihre Schwierigkeiten, das hat sich nur wenig geändert. Das betrifft die kritische Funktion einer Opposition, die plurale Auseinandersetzung verschiedener Interessen oder das Vorrecht von Streiks und Demonstrationen, auch wenn sie Ruhe und Ordnung gefährden könnten. Letzteres ist übrigens eine besonders aufschlussreiche Frage, weil sie die Studierenden gleichsam spaltet: Auf der einen Seite die eher konventionellen Juristen, Ökonomen und Ingenieure, die überwiegend auf Ruhe und Ordnung setzen, auf der anderen Seite die kritischeren Sozial- und Geisteswissenschaftler, die auf Demonstrationen und Streiks beharren.

Hinzuweisen ist außerdem darauf, dass Anhänger rechter oder linker Positionen, kommunistischer oder nationalistischer Provenienz, Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung eher akzeptieren, und zwar die rechten, national-konservativen Studierenden noch deutlich mehr als die linken, kommunistisch-marxistischen Studierenden.

Um das Bild über die "Haltung zur Demokratie" bei den Studierenden zu vervollständigen, sind nicht nur ihre allgemeinen Einstellungen gegenüber demokratischen Prinzipien zu behandeln, sondern ebenso ist aufzunehmen, was sie von der demokratischen Wirklichkeit und den demokratischen Einrichtungen halten und wie sie die Leistung von Politik und Parteien beurteilen.

Die kritische und überwiegend ablehnende Haltung der Studierenden gegenüber der parlamentarischen Volksvertretung wie den etablierten Parteien, den Zielen und Leistungen der Politik, geht tief und hat sich verstärkt. Insbesondere hat die distanzierte Haltung zur demokratischen Wirklichkeit in den letzten Jahren, auch wieder bei der letzten Erhebung, zugenommen, bei den ostdeutschen Studierenden überproportional. Die steigende Unzufriedenheit mit dem Alltagsgeschäft der Politik, wie es sich darstellt, überträgt sich offenbar mehr und mehr auf die Beurteilung der demokratischen Einrichtungen.

gen und Institutionen. Zwar ist eine Beeinflussung der Haltungen zu den demokratischen Prinzipien noch nicht festzustellen, etwa im Sinne eines vermehrten Abrückens von ihnen, aber die Distanzierungen gegenüber den demokratischen Institutionen und Verfahren sind beachtenswert.

#### **(5) Die „laute“ wie die „stille“ Revolution verliert ihre „studentischen“ Kinder**

Die Veränderungen, die im Zeitraum des Studierendensurveys von 1983 bis 1998 registriert werden können, sind so umfangreich, dass sie insgesamt einen Wandel im politischen Bewusstsein und Potential der Studierenden darstellen. Wichtige Züge dieses Wandels seien kurz zusammengefasst.

Da ist zuerst, bereits Anfang der 80er Jahre, der abrupte Verlust von Ideologiestücken und Zielen sozialistisch-kommunistischer Provenienz; weit vor dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ haben die westdeutschen Studierenden kommunistischen und sozialistischen Idealen und Zielen den Abschied gegeben.

Hinzu kam, ab Anfang der 90er Jahre, ein Abrücken von alternativen, sogenannten post-modernen Wertorientierungen, noch Anfang der 80er Jahre stark in Mode, wie Verzicht auf materiellen Wohlstand, Priorität ökologischer, umweltverträglicher Handlungsweisen, Abrücken von den traditionellen Leistungszwängen, Vorrang der Selbstverwirklichung und Mitarbeit in autonomen Arbeits- und Lebenskollektiven.

Neue Formen des Zusammenlebens und des Arbeitens, Zeichen von sozialer Innovationsfreudigkeit und Experimentierlust, werden kaum noch gesucht oder erprobt; ebenso ist die Begeisterung für soziale Bewegungen oder weitreichende Reformideen erloschen; die „Friedensbewegung“ war die letzte dieser Art, die noch größere Teile der Studentenschaft erfasst hat.

Gesellschaftspolitisch finden konventionelle und konservative Ziele vermehrt Unterstützung, wie Sicherung der Marktwirtschaft, Stärkung des Wettbewerbs, Förderung technologischer Entwicklungen, härtere Bekämpfung der Kriminalität;

Schließlich ist eine Abnahme weitreichender System- und Herrschaftskritik zu verzeichnen; ein Verzicht darauf, die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend in Zweifel zu ziehen, gar die Machtfrage zu stellen (bei aller Unzufriedenheit mit der Politik, auch der Hochschulpolitik).

Der Anspruch einer eigenständigen politischen Aufgabe der Studentenschaft, einer „studentischen Politik“ ist verloren gegangen. Themen der Hochschulpolitik und studentische Politik als Mandat gegenüber Hochschule und Gesellschaft finden nur bei wenigen Studierenden Interesse oder Unterstützung.

Die Studierenden verstehen sich in der überwiegenden Mehrheit weder als Akteure einer lauten Rebellion, die sich durch sozialistische Ziele noch locken ließen, noch einer stillen Revolution, die sich auf den Weg der inneren Erneuerung machen oder führen ließen. Plakativ bilanziert: Sowohl die "laute" Revolution wie die "stille" Revolution haben ihre studentischen Kinder weitgehend verloren. Mehr und mehr macht sich eine eigentümliche Gleichgültigkeit breit, ein Rückzug auf die Zuschauerrolle. Eine Mischung aus Ernüchterung und Resignation ist eingetreten.

## **II Wechsel dominanter Meinungsmuster und der Meinungsführerschaft**

Im Zuge dieser Veränderungen haben in der (westdeutschen) Studentenschaft Verschiebungen hinsichtlich der Geltung von politischen und gesellschaftlichen Denk- und Handlungsmustern stattgefunden. Einiges habe ich bereits erwähnt; an zwei zentralen gesellschaftlichen Themen sei es noch einmal verdeutlicht: An den veränderten Sichtweisen und Wertungen zur sozialen Ungleichheit und am Wandel in den Haltungen zum Wettbewerb, zur Technik und Umwelt. Damit will ich auch aufzeigen, dass politische Stellungnahmen in gesellschaftliche Vorstellungen eingebunden sind, die nicht übersehen werden dürfen, will man längerfristige Entwicklungen angemessen erkennen und aufarbeiten.

Die westdeutschen Studierenden nehmen zwar häufiger wahr, dass die sozialen Unterschiede groß sind, d.h. ein größeres Ausmaß an sozialer Ungleichheit ist ihnen durchaus bewusst. Dennoch halten sie diese größere Ungleichheit keineswegs häufiger für ungerecht. Sie sind gegenüber sozialer Ungleichheit unsensibler geworden. Das hängt damit zusammen, dass ihnen Konkurrenz wichtiger, Solidarität nahezu ein Fremdwort geworden ist: sei es gegenüber Entwicklungsländern, Ausländern, BAföG-Empfängern. Auch die Forderungen nach der Gleichstellung von Frauen wird weniger unterstützt, vor allem durch die Männer. Zugleich hat der Fatalismus gegenüber den sozialen Verhältnissen (oder ihre Akzeptanz) zugenommen, denn mehr Studierende halten es nicht für möglich, soziale Ungleichheiten abzuschaffen.

Wettbewerb und Technik erfahren eine andere Bewertung: Für viele sind sie nunmehr die unverzichtbare Grundlage und der Motor des ökonomischen und damit gesellschaftlichen Fortschritts geworden. Noch 1983 vertrat eine Mehrheit die Ansicht, der gegenseitige Wettbewerb zerstöre die Solidarität unter den Menschen; dagegen meinte nicht einmal ein Drittel, ohne Wettbewerb würden sich die Menschen nicht anstrengen. Heute erfährt der Wettbewerb eine ganz andere Beurteilung, die Verteilung der Urteile ist nahezu vertauscht: die negative Funktion (Zerstörung der Solidarität) sieht weniger als ein Drittel der Studierenden, die positive Funktion des Anreizes zur Anstrengung bekräftigen jetzt weit mehr.

Später, aber im Meinungswechsel analog, ging es der Technik und der Förderung technischer Entwicklungen. Hier erfolgte der Meinungswechsel hauptsächlich zwischen 1993 und 1995 - und hat sich weiter fortgesetzt. Vor allem die Risiken und Gefährdun-

gen durch Technik, ihr negatives Potential, werden weit seltener gesehen, ihre Chancen und ihr Nutzen werden mehr betont, und zwar in allen Fachrichtungen. Bei den Sozial- und Geisteswissenschaftlern gibt es seit 1995 erstmals eine Mehrheit für die Forderung nach verstärkter Förderung technologischer Entwicklungen. Dieses Ziel hat in den 90er Jahren, mit weiterem Zuwachs 1998, den stärksten Zustimmungsschub unter den Studierenden zu verzeichnen.

Die Unterstützung des Vorrangs des Umweltschutzes (z.B. vor wirtschaftlichem Wachstum) hat dagegen deutlich nachgelassen. Gleichzeitig ist das Engagement für die Lösung ökologischer Probleme zurückgegangen. Umwelt und Natur sind den Studierenden zwar noch immer wichtiger als Technik und Technologie, aber längst nicht mehr mit früherer Vehemenz.

Die Veränderungen im politischen Erscheinungsbild der Studierenden beziehen sich auch - und das ist gleichermaßen bedeutsam - auf eine Verschiebung der politischen Energie und eine andersartige Präsenz auf der politischen Bühne bzw. in der politischen Arena. In der westdeutschen Studentenschaft hat eine Verschiebung in der Meinungsführerschaft, in der öffentlichen Vertretung von Ansichten und Überzeugungen, stattgefunden. Zurückzuführen ist dies auf drei Prozesse, die ineinander greifen.

Erstens: Der Absturz von linken, reformerischen und alternativen Idealen und Überzeugungen in der Studentenschaft im Laufe der letzten fünfzehn Jahre hat dazu geführt, dass deren Anhänger abgetreten sind und die Bühne freigegeben haben (möglicherweise für andere). Zweitens: Die Verschiebung der politischen Energie und Ansprüche in Richtung zu den Juristen und Ökonomen lässt diese vermehrt die Bühne betreten und die Meinungsführerschaft übernehmen, während sich Kultur- und Sozialwissenschaftler zurückgezogen haben, nicht mehr den dominierenden Widerpart stellen oder die Gegenreden halten. Drittens: Die Präsenz und Geltung nicht nur konventionell-konservativer, sondern auch häufiger national-konservativer und rechter Positionen bis hin zu manch problematischen Einstellungen gegenüber den demokratischen Prinzipien sind in den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften überproportional hoch. Sie haben daher die Chance, häufiger auf der Bühne vertreten zu sein und das Wort zu ergreifen.

National-Konservative und Rechte im engeren Sinne, mit ihren anti-demokratischen Tendenzen, sind an den westdeutschen Universitäten sehr wenige geblieben. Wenngleich sich die überzeugte Anhängerschaft kaum vergrößert hat, ist der Kreis Studierender, der solche Ansichten toleriert, teilweise akzeptiert, gerade in den letzten Jahren größer geworden. Sie sind demnach gleichsam die Profiteure der Verschiebungen in der politischen Energie: Sie profitieren außerdem von der verbreiteten distanzierten Gleichgültigkeit eines Großteils des studentischen Publikums und erhalten dadurch ein größeres Gewicht. Dieses höhere Gewicht kann und wird als tatsächliche Einflusschance gesehen, zumal thematische Anknüpfungspunkte wie "Abwehr nationaler Überfremdung", "Ausschluss von Ausländern", "weniger Geld für Entwicklungsländer" durchaus von nicht wenigen Studierenden geteilt werden. In den neuen Ländern finden sie



schon seit längerem häufiger Zustimmung, aber auch in den alten Ländern werden sie neuerdings von zunehmend mehr Studierenden akzeptiert.

Die Verlagerung in der "Meinungsführerschaft" von den Sozial- und Geisteswissenschaftlern zu den Juristen und Betriebswirten ist von einiger gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, allein wenn man an ihre zukünftigen Wege, berufliche Positionen und gesellschaftliche Stellung denkt.

Die meisten national-konservativen, Anhänger wie Aufgeschlossene, finden sich in den Wirtschaftswissenschaften und in der Rechtswissenschaft, gefolgt von den Ingenieurwissenschaften. Das sind jene drei Fächer, aus denen sich in erster Linie der Nachwuchs für die gesellschaftlichen Herrschaftspositionen bzw. die wirtschaftlichen Führungspositionen rekrutiert. Ein nicht unerheblicher Teil der späteren Inhaber der Spitzenpositionen in Staat und Wirtschaft hängt national-konservativen und rechts-orientierten Vorstellungen an oder toleriert sie. Ein gewisses Meinungskartell zukünftiger Vertreter von Staat, Wirtschaft und Technik zeichnet sich ab, in dem national-konservative Töne in nicht unerheblichem Maße bestimmend sind.

Es erscheint mir zudem bedenklich, wenn in jenem Fach, das die späteren Richter und Anwälte stellt, das Eintreten für demokratische Grundprinzipien schwächer ausgeprägt ist, zum Teil nur formal-konventionell bleibt oder gar labil ist. Man gewinnt den Eindruck, dass viele Jurastudenten sich weniger dem Recht und der Gerechtigkeit verpflichtet fühlen, als eher der Aufrechterhaltung von Ordnung im rechten Sinne und ihrer Karriere dabei. Die politischen Haltungen nicht weniger Studierender in diesem Fach mahnen zur Vorsicht, dass rechte Tendenzen in Justiz und Anwaltschaft sich halten oder sogar vermehren.

### **III Konfliktlinien und Protestpotential**

Eine einheitliche politische Bindung oder ein gemeinsam geteiltes Meinungsbild ist in der deutschen Studentenschaft nicht zu erkennen, nach den bisherigen Ausführungen ist dies sicherlich deutlich geworden. Vielmehr herrschen in vielen Bereichen Differenzen vor bis hin zu politisch kontroversen Positionen und Lagern. Beachtenswert sind vor allem die Unterschiede nach Fächern und Fakultäten, die übrigens in Ost und West recht analog verlaufen. Aber auch auf die Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Studierenden will ich eingehen.

Die Akzeptanz oder Ablehnung verschiedener politischer Richtungen weist bemerkenswerte Unterschiede zwischen den west- und ostdeutschen Studierenden auf. Da in den neuen Ländern die traditionellen politischen Richtungen wie christlich-konservativ, liberal oder sozial-demokratisch weniger Unterstützung erfahren, ergibt sich eine stärker durch die Extreme besetzte politische Meinungslandschaft an den Hochschulen im Osten, und zwar auf der rechten wie auf der linken Seite. Es handelt sich zwar um "Minderheiten", ihre Größenordnung ist aber stabil oder steigend - und durchaus relevant als

gegnerisches Konfliktpotential extremerer politischer Lager in den neuen Ländern. Zu beachten ist jedoch, dass die Einordnung als "kommunistisch-marxistisch" für Studierende in den neuen Ländern etwas deutlich anderes meint als für die westdeutschen Studierenden, zum Beispiel wenn deren politische Ziele verglichen werden.

Im übrigen hat die deutsche Vereinigung im politischen Bewußtsein der deutschen Studierenden keine nachhaltigen Spuren hinterlassen. Sie hat keine Welle "nationaler Begeisterung" ausgelöst, eher Überraschung und Unsicherheit, wie man damit umgehen soll (bei vielen Fragen dazu zeigt sich ein für Studierende überraschend hoher Anteil "Meinungsloser"). Die Zunahme national-konservativer Haltungen ist jedenfalls darauf nicht zurückzuführen, sie hat erst nach 1995 eingesetzt.

Trotz vermehrter Mobilität im Hochschulbesuch zwischen den alten und neuen Ländern bleiben Annäherungen der Ansichten selten und gering; bei manchen Fragen steigt sogar die Differenz zwischen ost- und westdeutschen Studierenden wieder an. Wer vom Westen an eine Hochschule im Osten wechselt, oder umgekehrt, passt sich in seinen politischen Vorstellungen nicht an; die Unterschiede zu den dortigen Kommilitonen bleiben.

Von den ostdeutschen Studierenden wird nicht allein die materielle Lage als Benachteiligung erfahren. Vielmehr sehen sie ebenso in der Gewähr von "Rechtsstaatlichkeit" manche Nachteile, und schließlich halten sie auch die demokratischen Chancen - vielleicht noch gravierender - für sich weniger gewährleistet. Dieses Defizit an Recht und Gerechtigkeit, an Chancen und Perspektiven ist ein gewichtiger Auslöser der stabilen, teilweise zunehmenden Anhängerschaft extremer Positionen und Richtungen.

Unterschiedliche politische Kulturen der Fachrichtungen und Disziplinen an den Hochschulen hat es schon immer gegeben. Jedoch stehen sich nicht die Geistes- und die Naturwissenschaften gegenüber, wie in der Folge des Essays von Snow über die "Zwei Kulturen" oft unterstellt wird. Die Kluft, bisweilen Gegnerschaft, ist vielmehr am größten zwischen den Sozialwissenschaften auf der einen und den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften auf der anderen Seite. Sie teilen zwar ein ausgeprägteres Interesse an Politik, aber in ganz anderen Stilen und mit ganz anderen Zielen. Insofern sind sie so etwas wie "feindliche Brüder" in der politischen Auseinandersetzung.

In der westdeutschen Studentenschaft hat in den 80er und 90er Jahren das Ausmaß der Gegensätzlichkeit und die Tiefe mancher Kluft zwischen den politischen Lagern nachgelassen. Zurückzuführen ist dies auf das Erlahmen links-alternativer Handlungspotentiale, vor allem unter den Sozialwissenschaftlern, auf das Abrücken von sozialistischen Zielen und den Rückgang alternativer und ökologischer Wertüberzeugungen. Insofern nimmt die westdeutsche Studentenschaft nunmehr insgesamt eine überwiegend realistisch-pragmatische, eher moderate und wenig alternative politische Grundhaltung ein.

## **Exkurs: Wann protestieren die Studierenden?**

Seit dem studentischen Aufbegehren in der zweiten Hälfte der 60er Jahre wird immer wieder die Frage gestellt: Wann protestieren die Studierenden? Dazu ein Zitat: "Kein Land und keine Zeit ist von Studentenkrawallen verschont geblieben. Studenten sind junge, streitbare Leute, stets geneigt, für ihre Ideen auch mit Gewalt einzutreten. Ein Funke genügt, die immer glimmende Streitlust hell anzufachen" (BIZ; 24.7.1932). Diese Sätze standen 1932 in der Berliner Illustrierten Zeitung - und wie es sich für eine Illustrierte gehört, waren sie mit Bildern aus Prag, Madrid, Wien, Harvard, Athen belegt: In Prag protestierten Studenten gegen die Zulassung von Ausländern zum Medizinstudium; in Paris werfen Studenten einem Abgeordneten die Fenster ein, weil er eine unliebsame Änderung der Hochschulgesetze beantragt hat; in Athen demonstrieren Studenten mit Latten und Knüppeln für den Anschluss der Insel Zypern; in Harvard gehen die Studierenden wegen der wirtschaftlichen Notlage auf die Straße; in Wien sperren studentische Braunhemden in martialischer Haltung die Eingänge der Universität ab.

Studierende haben offensichtlich eine grundsätzliche oder latente Neigung zum Protestieren und Demonstrieren; in den Formen sind sie oftmals nicht zimperlich. Die Bereitschaft dazu hatte sich zwar - analog zum politischen Interesse - abgeschwächt, aber: aufgrund unserer Befunde konnte man nicht davon ausgehen, dass die Studierenden ihre Kritik und ihre Protestbereitschaft endgültig an den Nagel gehängt hatten. Ihre grundsätzliche Protestbereitschaft, auch in aggressiveren Formen, war durchaus vorhanden geblieben, bei geringem Abebben. Sie war zudem verbunden mit verbreiteter Unzufriedenheit an den politischen Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten, in West wie Ost, sowie mit starker Kritik an Parteien und Politik. All dies ist eine Voraussetzung und kann dazu beitragen, dass die Studierenden Anlässe finden, ihre latente Protestbereitschaft wieder zu aktivieren.

Noch vor der Demonstrationswelle und den Streiks im letzten Winter diagnostizierten wir im Oktober 1996 in einem Fachgespräch in Bonn, das wir nach jeder Erhebungsphase durchführen und auch dokumentieren: "Allerdings kann es für die Studierenden sehr heikel werden, wenn ihnen über Studiengebühren Geld abverlangt werden soll oder durch Sparmaßnahmen sich die Ausbildungsbedingungen in ihrer Sicht verschlechtern könnten". Zum Charakter des Protestes erläuterten wir: Rahmen und Ziel des möglichen Protestes bleiben auf die Studienbedingungen, die studentischen Lebensverhältnisse und die zukünftige Chancenperspektive begrenzt. Es handelt sich um "punktuelle Aktionen" ohne breitere ideelle oder ideologische Einbettung. Die Proteste beziehen sich eher auf materielle Probleme, die in ihrer Bedeutsamkeit unter den Studierenden zugenommen haben: Studienfinanzierung, Erwerbchancen, Studienbedingungen. Sie haben eher den Charakter einer eigenen Interessenwahrnehmung ohne darüber hinausgehende Konzepte und Umgestaltungsabsichten.

Um auch hier Missverständnissen vorzubeugen, sei darauf verwiesen, dass punktuelle, materiell orientierte Interessenproteste ebenfalls in harter Gangart vorgebracht werden und eskalieren können. Gerade unter den westdeutschen Studierenden ist die Akzeptanz

unkonventioneller, zum Teil nötiger Aktionsformen bei Auseinandersetzungen weiterhin recht verbreitet. Die ostdeutschen Studierenden haben häufig Vorbehalte, Demonstrationen und Kundgebungen, Flugblätter und Wandzeitungen, erst recht Veranstaltungsboykotte oder Institutsbesetzungen als Mittel des Protestes grundsätzlich anzuerkennen.

Gegenwärtig sind die Studierenden – bei allen Protestpotential und Demonstrationen – insofern keine “Ferment politischer Unruhe” (von Friedeburg), da sie die Hochschulen und Gesellschaft wenig grundsätzlich fordern, die “Machtfrage” schon gar nicht vertreten oder stellen. Bei ihren Forderungen, in unseren Umfragen wie auf ihren Flugblättern und Plakaten, denken sie dabei häufiger an sich und die Verbesserung ihrer Lage, als an andere und die Verbesserung der Welt.

#### **IV Folgerungen und Überlegungen**

Wir haben meines Erachtens einige Entwicklungen zu beachten, weil sie für die politische Demokratie und das gesellschaftliche Zusammenleben problematisch sind, jenseits aller unterschiedlichen politischen Positionen und Ziele:

(1) Da ist zuerst die zunehmende Gleichgültigkeit, die ein Gutteil Verantwortungslosigkeit enthält. Der Verzicht auf Partizipation und Engagement beinhaltet einen vielfach ressentimentgeladenen Rückzug, selbst bei vielen Studierenden, die sich durchaus Gedanken um Zukunft und Gesellschaft machen.

(2) Ein egoistischer Individualismus mit manchen Zügen des sozialen Autismus und der Inhumanität tritt in den Vordergrund, insbesondere bei jenen, die an die Schalthebel der Macht streben.

(3) Die Kluft zwischen politischen Positionen und Fraktionen, oft den Fachgrenzen folgend, kann sich durchaus zu politisch feindlichen Lagern kristallisieren, begleitet von entsprechenden Auseinandersetzungen. Solche wieder zunehmende Distanz und Entfremdung ist auch zwischen Studierenden aus den alten und neuen Ländern zu beobachten.

(4) Die Einflussversuche von national-konservativen und rechts-reaktionären Studierenden - in Verbindungen immer noch weit häufiger zuhause -bleiben zu beachten, zumal ihnen die politischen Entwicklungen entgegenkommen. Im Fahrwasser des veränderten politischen Klimas (dessen Koordinaten sich allgemein nach rechts verschoben haben) und des gewissen politischen Vakuums sehen sie ihre Chancen und versuchen sie zu nutzen.

(5) Die Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt, in den 80er Jahren noch weitgehend auf Absolventen der Geistes- und Sozialwissenschaften begrenzt, haben nun auch jene Fächergruppen erreicht, die damit größere Probleme haben wie Ingenieure, Ökonomen

und Juristen. Die Studierenden betrachten ihre berufliche Zukunft noch mehr als früher mit Skepsis und Befürchtungen, erwarten Arbeitslosigkeit und Dequalifikation nach dem Studium in bisher unbekanntem Ausmaß. In dieser Entwicklung ist eine erhebliche Portion hochschul- und gesellschaftspolitischer Brisanz enthalten. Diese Brisanz meint nicht allein spektakuläre Aktionen und Reaktionen, sondern auch schleichende, latente Prozesse – oftmals weit bedrohlicher. Jedenfalls ist das Auftreten des “Weimarer Syndroms”, d.h. schlechte Arbeitsmarktlage und -perspektiven schwächen die demokratischen Kräfte und stärken die Akzeptanz undemokratischer wie inhumaner Problemlösungen, weniger auszuschließen als noch in den 80er Jahren.

Angesichts der Entwicklungen und des Wandels in den politischen Ansichten und Absichten der Studierenden, stellen sich Fragen nach den Gründen und Ursachen. Ohne darauf ausführlich einzugehen, seien doch einige Hinweise thesenartig angebracht. Sie sind auch bedeutsam für die Frage: Was können oder sollen wir tun und was kann politische Bildungsarbeit leisten?

Erstens sei auf die weitreichenden Veränderungen in der studentischen Rolle und Situation hingewiesen, gekennzeichnet durch Desintegration aus Studium und Hochschule, zunehmender Erwerbstätigkeit, auch im Semester, sowie einem häufigeren Selbstverständnis als Teilzeitstudierende. Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang die oftmals große Distanz zwischen Studierenden und Lehrenden, die wenig zur Kommunikation mit den Studierenden und dadurch zu ihrer Integration ins Studium beitragen.

Zweitens ist die Verlässlichkeit, dass sich Anstrengungen im Studium und das Bemühen um zusätzliche Qualifikationen lohnen, bei den Studierenden weithin untergraben. Für viele von ihnen ist besonders belastend, dass durch eigene Leistungen, Entscheidungen und Strategien die berufliche Zukunft immer weniger steuerbar erscheint. Eine Übermächtigkeit des “Zufälligen” und “Schicksalhaften” - gerade im Hinblick auf Beruf und Zukunft - macht sich breit.

Schließlich ist mancher Strukturwandel des Politischen selbst zu berücksichtigen: Hinweisen will ich zum einen auf die Folgen der Vermittlung in den Medien, mit den damit verknüpften Formen der Virtualität und Inszenierung. Außerdem scheint mir beachtenswert, dass tragfähige und integrierende Konzepte als “Ideologie” selbst zerfallen sind, sich offenbar für die politischen Akteure wie für das politische Publikum eine weitgehende “Unübersichtlichkeit” eingestellt hat.

Die Befunde, die ich Ihnen vorgestellt habe, geben Anlass zu manchen Überlegungen, was daraus praktisch zu folgern wäre, an den Hochschulen, in der Politik und in der politischen Bildungsarbeit. Ohne Rezepte und Empfehlungen auszubreiten, will ich zwei Themenkreise in Frageform hervorheben, die mir für die Diskussion wichtig erscheinen:

Wie können bedenkliche Signale extremer Haltungen und undemokratischer Tendenzen, auch in der Studentenschaft, aufgegriffen werden? Und wie kann ihnen durch politische Bildungsarbeit an den Hochschulen und Schulen entgegengewirkt werden?

Wie kann das hochschulpolitische Interesse und Engagement der Studierenden wieder befördert, die allzu große studentische Gleichgültigkeit und damit Verantwortungslosigkeit überwunden werden? Was ist zu tun, damit die Studierenden in ihrem unmittelbarem Lebensfeld verstärkt demokratische Partizipation und den Gebrauch öffentlicher Tugenden wieder anwenden können und nicht verlernen?

(Referat bei der Fachtagung der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung "Politisches Bewusstsein von Studierenden", am 17. Juni 1998 an der J. W. Goethe Universität, Frankfurt am Main)

## **National-konservativer Gesinnungswandel der Studierenden? Gesellschaftlich-politische Orientierungen der Studierenden**

### **(1) Wie rechts und/oder undemokratisch sind die Studierenden?**

Rechtsextreme Gewalttaten, fremden- und ausländerfeindliche Ausschreitungen, nazistische Aufmärsche sind keine bizarren, zufälligen Auswüchse. Sie sind fester Bestandteil des politischen Alltags in dieser Republik geworden. Offenbar haben sie einen gesellschaftlichen und politischen Nährboden vorgefunden, in dem sie allzu gut gedeihen können. Die Hartnäckigkeit von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, ihr zunehmender Organisationsgrad und ihr steigendes Gewaltpotential sind eine unmittelbare Bedrohung für viele Menschen.

Es ist daher eine Selbstverständlichkeit, jenen, die bedroht werden, eine besondere Solidarität zu zeigen, den Ausländern und Fremden, den Asylanten und Flüchtlingen. Es wird darüber hinaus zur Pflicht, sich mit der Ausbreitung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auseinanderzusetzen, theoretisch und praktisch, im Alltag, in der Politik und an den Hochschulen; nicht zuletzt gilt es, ihrer Verharmlosung entgegenzutreten. Es ist daher schließlich eine Notwendigkeit, Justiz und Polizei, auf dem rechten Auge wenn nicht blind, so doch immer noch allzu nachsichtig, zu entschiedenerem Eingreifen und klaren Urteilen zu drängen.

An den Gewalttaten, Ausschreitungen und Aufmärschen der Rechten sind die Studierenden aber offenbar nicht beteiligt, wenn ich die Bilder der Medien und die Berichte der Presse darüber zutreffend vergegenwärtige. Der Rechtsextremismus heute stellt sich dar als eine unheilige Allianz zwischen alten Nazis und latentem Rassismus auf der einen Seite, von gesellschaftlicher Verwahrlosung und neuer Jugendgewalt auf der anderen Seite. Die Studierenden scheinen davon weithin unberührt. Auch die deutsche Einheit hat sie nicht zu nationaler Schwärmerei verführt.

Ist es da überhaupt der Rede wert, über national-konservative Gesinnungen in der Studentenschaft zu sprechen, wie es der Titel meines Referates ankündigt? Sind es nicht derart Wenige, dass es kaum lohnt, ihnen besondere Aufmerksamkeit zu widmen? Sind sie im Grunde nicht harmlos und bleiben, zumindest an den Universitäten, ohne Resonanz? Weshalb sich damit befassen und sich unnötige Sorgen machen?

Wegen der politischen Aggressivität und der menschlichen Bedrohung durch Rechtsextremismus und Nazismus, haben wir uns zu vergewissern, ob es wirklich nur wenige sind; denn bereits einige sind zu viele. Und der National-Konservatismus, als Gesinnung oder in seinen Teilen, ist Zuarbeiter und Vorbote für ausländerfeindliche Haltungen, nationalistische Aus- und Abgrenzungen und einer Zerstörung demokratischer

Prinzipien. Daher sind dessen Ansätze und Anzeichen frühzeitig zu erkennen, um ihnen rechtzeitig entgegenwirken zu können.

Sicherlich ist die Gefährdung der Demokratie durch rechte Anti-Demokraten augenfälliger, weil sie sich direkt gegen deren Prinzipien und Institutionen wenden. Es besteht daneben jedoch eine zweite, eher schleichende, weniger auffällige Gefährdung: das ist die Gleichgültigkeit. Denn sie enthält ein Großteil Verantwortungslosigkeit. Befassen wir uns mit den gesellschaftlich-politischen Orientierungen der Studierenden, haben wir das Augenmerk nicht nur darauf zu lenken, wie groß das national-konservative, rechte und gewaltbereite Potential in der Studentenschaft ist. Wir haben auch zu klären, inwieweit sich politische Abstinenz, Resignation und Gleichgültigkeit unter den Studierenden verbreitet haben. Wie stark oder schwach sind die demokratischen Kräfte? Und welche Gegenwehr steht einer Ausbreitung national-konservativer Gesinnungen entgegen? Denn Nationalisten und Rechte erhalten ihr Gewicht zum Teil durch das Schweigen der anderen.

Meinen Ausführungen liegt eine empirische Erhebungsreihe zugrunde, in deren Rahmen seit 1983 alle zwei bis drei Jahre etwa zehntausend Studierende an Universitäten und Fachhochschulen befragt werden. Hauptaufgaben dieser Untersuchungen ist es, Erfahrungen und Urteile, Probleme und Forderungen der Studierenden zu erfassen und zu Gehör zu bringen. Das breite Themenspektrum umfasst auch Fragen zu den politischen Orientierungen und gesellschaftlichen Vorstellungen der Studierenden. Bei der letzten, mittlerweile fünften Befragung im WS 1992/93 waren erstmals Hochschulen und Studierende aus den neuen Bundesländern einbezogen.

Die große Zahl der befragten Studierenden sichert nicht nur eine weitgehende Repräsentativität der Befunde, sondern erlaubt den Vergleich zwischen ost- und westdeutschen Studierenden, zwischen Studenten und Studentinnen, den Angehörigen verschiedener Fächer und den Angehörigen verschiedener politischer Richtungen. Die Zeitreihe ermöglicht zudem, Trends und Veränderungen zu erkennen, bedenkliche Signale zu registrieren, aber auch unzutreffende Unterstellungen zurechtzurücken.

In den 70er Jahren hat es eine kontroverse Debatte gegeben zur Frage: Wie links und/oder demokratisch sind die Studenten? Es ist wohl selbst ein Zeichen des Wandels, dass wir uns heute diese Frage ganz anders stellen müssen: Wie rechts und/oder undemokratisch sind die Studierenden? Ich will versuchen, diese Frage zu beantworten.

## **(2) Politische Grundrichtungen und Zielvorstellungen**

Politische Überzeugungen verschiedener Art sind wie Felder in der politischen Landschaft und fungieren als Wegweiser für die gesellschaftliche Entwicklung. Sie flottieren nicht beliebig, sondern bilden mehr oder weniger konsistente Bündelungen politischer Grundrichtungen. Sechs derartige Grundrichtungen lassen sich unterscheiden, die sich im Parteienspektrum wiederfinden und artikulieren: christlich-konservativ, sozialdemo-



kratisch, liberal, grün-alternativ, marxistisch-kommunistisch und national-konservativ. Wir haben die Studierenden gefragt, inwieweit sie mit diesen Grundrichtungen übereinstimmen oder sie ablehnen.

Zunächst: Die Verortung dieser Grundrichtungen im Links-Rechts-Spektrum fällt in West wie Ost eindeutig aus. Weit auf der rechten Seite liegen die Nationalkonservativen - sie stehen, selbst im eigenen Verständnis, deutlich rechts von der Bevölkerung. Um die Mitte lokalisieren sich die christlich-konservativen, diese eher etwas rechts, und die Liberalen, diese eher etwas links. Im extremen Links-Bereich ordnen sich die Kommunisten-Marxisten ein; und als halb-links, recht nahe beieinander, verstehen sich die Anhänger der Grün-alternativen und der Sozialdemokraten.

Insgesamt stimmen Studierende in Ost und West am häufigsten mit grün-alternativen und sozial-demokratischen Grundpositionen überein, im Westen noch etwas häufiger. Liberale und christlich-konservative Grundpositionen sind unter den Studierenden umstritten, wobei christlich-konservative Positionen von ihnen weniger geteilt werden.

Die Bevorzugung politischer Richtungen in der Studentenschaft schlägt sich durchweg in den Wahlabsichten der Studierenden nieder, wenngleich nicht völlig spiegelbildlich. Jedenfalls hätte gemäß den Wahlabsichten der Studierenden "rot-grün" eine komfortable Mehrheit: Denn 34 Prozent würden "Grüne/ Bündnis 90", 31 Prozent SPD wählen. Auf die CDU/CSU entfielen 21 Prozent und auf die FDP 7 Prozent der studentischen Stimmen. Die Republikaner blieben unter zwei Prozent - deutlich weniger als in der gleichaltrigen Bevölkerung mit sechs Prozent, gemäß Ergebnissen der sogenannten "Sonntagsfrage" des Instituts für Demoskopie in Allensbach, wenn sie nach Ausbildungsstand und Alter aufgeschlüsselt wird.

Sowohl die national-konservative als auch die kommunistisch-marxistische Richtung, beide werden von den Studierenden ganz überwiegend abgelehnt; unter den westdeutschen Studierenden fällt die Ablehnung entschiedener und fast einmütig aus.

Die national-konservative Richtung stößt bei 90 Prozent und mehr auf entschiedene Ablehnung und Abwehr. Ein Gewinn an Boden ist für die National-Konservativen im Laufe der letzten Jahre nicht festzustellen, vielmehr hat sich die Ablehnung bei den westdeutschen Studierenden zwischen 1983 und 1993 eher gefestigt. Der Kreis der durch simple rechts-konservative, nationalistische Parolen ansprechbaren Studierenden, ist im Westen sogar zwischen 1990 und 1993 zurückgegangen.

Auch andere Untersuchungen bestätigen, daß bisherige Versuche, die westdeutschen Studierenden für rechte Organisationen zu gewinnen oder für nationalistische Vorstellungen zu begeistern, bislang weitgehend fehlgeschlagen sind.

Nicht zuletzt wegen dieser Erfolglosigkeit hat sich die Strategie der Rechten im Hinblick auf die Universitäten und die Studierenden gewandelt. Statt einer direkten Einflussnahme geht die Absicht seit einiger Zeit dahin, durch Etablierung konservativer

Themen im akademischen Gewande Terrain zu gewinnen, Verbindungen und Netze herzustellen und sich so an den Hochschulen und in studentischen Gruppen zu etablieren. Man kann das als die "Strategie des Kreide fressenden Wolfs im Schafspelz" bezeichnen; mit ihr ist sicherlich schwerer umzugehen, weil sie sich nicht so eindeutig zu erkennen gibt.

In den neuen Bundesländern stellt sich die Situation erheblich anders dar: an den Universitäten stimmen fünf Prozent, an den Fachhochschulen gar neun Prozent der national-konservativen Richtung zu. Weitere neun bzw. dreizehn Prozent äußern eine neutrale Haltung. Insofern ist das aktive Potential wie der Kreis mit möglicher Resonanz an den ostdeutschen Hochschulen weit größer: immerhin 14 Prozent an den Universitäten, an den Fachhochschulen sogar 22 Prozent. Dies sind Anteile, die nicht mehr als quantité, negligible, als vernachlässigbare Größe, abgetan werden können.

Da in den neuen Bundesländern die traditionellen politischen Grundrichtungen der Bundesrepublik Deutschland wie christlich-konservativ, liberal und sozial-demokratisch weniger Akzeptanz erfahren, ergibt sich eine stärker durch die Extreme besetzte politische Meinungslandschaft an den Hochschulen im Osten, und zwar auf der rechten wie auf der linken Seite; eine durchaus gefährliche Aufspaltung der politischen Lager.

Im übrigen sind die Männer unter den Studierenden deutlich häufiger Vertreter national-konservativer Haltungen als Studentinnen, sowohl in West wie in Ost. National-Konservative sind häufiger in Verbindungen zu finden, was nicht weiter erstaunt, obwohl der Umkehrschluss nicht erlaubt ist, alle Verbindungsstudenten seien national-konservativ oder gar rechtsextrem.

Beachtenswert sind zudem die Unterschiede nach Fächern und Fakultäten: Die meisten National-Konservativen, Anhänger oder Aufgeschlossene, finden sich in den Wirtschaftswissenschaften, den Rechtswissenschaften und den Ingenieurwissenschaften. An den westdeutschen Universitäten bezeichnet sich dort jeder zehnte als Anhänger oder als aufgeschlossen-neutral, im Osten liegen die Anteile noch höher: mit 14 Prozent bei den Juristen und 17 Prozent in den Wirtschaftswissenschaften.

Der überproportionale Umfang, die gewisse Konzentration von National-Konservativen und Rechten in den drei Fächergruppen der Juristen, Ökonomen und Ingenieure ist ein Faktum, das von weiterreichendem Belang ist; und zwar aus zwei Gründen.

Erstens: Es sind ausgerechnet jene drei Fächer, aus denen sich in erster Linie der Nachwuchs für die gesellschaftlichen Herrschafts- und Machtpositionen rekrutiert. Es ist bedenklich, wenn ein größerer Teil der späteren Inhaber der Spitzenpositionen in Staat und Wirtschaft national-konservativen und rechts-orientierten Vorstellungen anhängt, sie vertritt oder toleriert. Ein konservatives Abstimmungskartell der zukünftigen Vertreter von Staat, Wirtschaft und Technik zeichnet sich ab, in dem national-konservative Töne in nicht unerheblichem Maße bestimmend sind.

Es erscheint mir zweitens besonders bedenklich, wenn in jenem Fach, das die späteren Richter und Anwälte stellt, das Eintreten für demokratische Grundprinzipien schwächer ausgeprägt ist, zum Teil nur formal-konventionell bleibt oder gar labil ist. Man gewinnt den Eindruck, dass viele Jurastudenten sich weniger dem Recht und der Gerechtigkeit verpflichtet fühlen, als eher der Aufrechterhaltung von Ordnung im rechten Sinne und ihrer Karriere dabei. Das mag etwas böse klingen, die politischen Haltungen nicht weniger Studierenden in diesem Fach mahnen jedoch zur Vorsicht, dass rechte Tendenzen in Justiz und Anwaltschaft sich halten oder gar vermehren. Es stünde dem Fach Jura gut an, sich mehr um die politische Bildung seiner Studierenden zu bemühen, und dies nicht den Burschenschaften, Konventen und ähnlichen Bünden zu überlassen, deren Paukböden kaum als Ausbildungsstätte demokratischer Haltungen geeignet sind.

Die Naturwissenschaftler und Mediziner sind da offenbar nüchterner, weniger anfällig für rechte Parolen und Positionen. Doch sie sind sehr stark in ihr Fachstudium eingebunden und darauf konzentriert; in politischen Debatten und Auseinandersetzungen geben sie sich zurückhaltender. Es ist nicht zu erwarten, dass sie gegen national-konservative, rechte Einflussversuche eine Gegenkraft darstellen; sie erscheinen aber zugleich auch nicht sonderlich verführbar.

Bleiben die Sozial- und Geisteswissenschaftler. Sie vertreten zwar immer noch am striktesten demokratische Prinzipien; sie sind weit häufiger Anhänger kritischer Positionen, sie lehnen vehement rechte und nationale Gesinnungen ab. Aber ihre politische Energie ist erlahmt, der Atem weiterreichender Ideen und Konzepte, früher häufiger sozialistischer oder alternativer Art, ist ihnen ausgegangen. Ihre einstige Dominanz in der politischen Arena der Hochschulen und die Prägung des Meinungsklimas durch sie ist auf alle Fälle dahin. Die Juristen und Ökonomen haben sie in ihrer politischen Energie fast überholt.

### **(3) Politische Richtungen und politische Ziele: verschiedene Profile**

Aufschlussreich für das Verständnis der politischen Richtungen, die eher allgemeine, plakative Etikettierungen sind, ist der Zusammenhang mit politischen Zielen, die konkreter erkennen lassen, was die jeweiligen Anhänger politisch wollen oder bekämpfen.

Zugleich wird dadurch erkennbar, bei welchen Themen und Problemen die Anhänger der verschiedenen politischen Richtungen nahe beieinander liegen (d.h. koalitionsfähig wären), und bei welchen sie ganz andere, zum Teil gegensätzliche Positionen vertreten, die in "politische Feindschaft" umgemünzt werden könnten. Die politischen Extreme auf der linken (Kommunisten-Marxisten) und rechten Seite (Nationalkonservative) zeigen bei den einzelnen politischen Zielen in der Regel eine besonders extreme Ablehnung oder Zustimmung.

Insgesamt belegen die Befunde: Eine einheitliche politische Bindung oder ein gemeinsam geteiltes Meinungsbild ist in der Studentenschaft nicht zu erkennen. Vielmehr herr-

schen in vielen Bereichen Differenzen vor bis hin zu politisch kontroversen Positionen und Lagern, die sich an den ostdeutschen Hochschulen in ihrer Gegensätzlichkeit noch deutlich extremer gegenüberstehen.

Das kann ich hier nicht im einzelnen darlegen, so aufschlussreich es wäre. Es mag genügen, die Frage zu beantworten: Was ist spezifisch für die national-konservative Grundrichtung? Auch unter den Studierenden ist die besondere Hervorhebung von zwei politischen Zielen dafür charakteristisch: Die Abwehr kultureller Überfremdung und die Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern. In starker Weise abgelehnt wird zudem die stärkere Unterstützung der Entwicklungsländer, begleitet von einem eher negativen Affekt gegenüber der europäischen Integration.

Bezeichnend scheint, dass die europäische Integration, im Unterschied zu den Vertretern aller anderen Grundrichtungen, die sie zumeist befürworten, bei den National-Konservativen und Kommunisten-Marxisten überwiegend auf Reserve und Ablehnung stößt. Mit ihren Vorbehalten gegen "Europa" stehen sich diese ansonsten durchweg weit auseinander liegenden Extreme recht nahe, wobei die Vorbehalte und Ablehnungen wohl aus ganz unterschiedlichen Gründen erfolgen: einerseits wegen Befürchtungen um Verluste an nationaler Identität und vor Überfremdung, andererseits wegen Sorgen um eine Vorherrschaft des Monopolkapitals und internationaler Wirtschaftskonzerne.

Im großen und ganzen ist die Vereinbarkeit oder Unvereinbarkeit, die Nähe oder Distanz der politischen Richtungen unter den west- wie ostdeutschen Studierenden ähnlich gelagert, wenn man die Zielpräferenzen in ihrer Hierarchie und ihrem Profil miteinander vergleicht. Besondere Aufmerksamkeit verdient das Verhältnis der Anhänger national-konservativer und christlich-konservativer Positionen. Sie weisen im Westen wie im Osten in einer Reihe von Themen Übereinstimmungen, zumindest eine gewisse Nähe auf. In entscheidenden Fragen besteht aber auch zwischen ihnen ein großer Dissens, der es nicht erlaubt, Nationalkonservative und Christlich-Konservative in einen Topf zu werfen.

Auch um den Vertretern christlich-konservativer Gesinnung gerecht zu werden, muss ich darauf hinweisen, dass gerade die fehlende Betonung des Nationalistischen sie eindeutig von den National-Konservativen trennt. Und im Hinblick auf Europa und Auslandsstudien sind sie soviel oder sowenig international und soviel oder sowenig europäisch wie die studentischen Anhänger sozialdemokratischer, liberaler oder grün-alternativer Provenienz. Die Abwehr kultureller Überfremdung ist ihnen kein wichtiges Ziel, da folgen sie den National-Konservativen keinesfalls, für die es eine hohe Priorität besitzt. Allerdings zeigt sich bei der Frage nach der Zuwanderung von Ausländern und ihrer Integration eine erhebliche Ambivalenz: Da befinden sie sich zwischen den eher linken, die sich gegen eine Begrenzung aussprechen, und den Rechten, die sie in starkem Maße befürworten.

In den beiden grundlegenden Prinzipien der Demokratie heben sich Christlich-Konservative von den National-Konservativen ebenfalls entscheidend ab: den Pakt des Gewalt-

verzichts haben sie ebenso unterschrieben wie sie für die Meinungs- und Demonstrationenfreiheit eintreten - und zwar in gleichem Umfang und gleicher Einmütigkeit wie Studierende mit grün-alternativen, sozialdemokratischen oder liberalen Überzeugungen. Sie haben allerdings manche Probleme mit den kontroversen und unruhigen Elementen der freiheitlichen Demokratie. In der Präferenz für Ordnung, für Harmonie, für Einheitlichkeit geraten sie durchaus in eine problematische Nähe zu den National-Konservativen und Rechten - und befinden sich dabei dann sogar in größerer Distanz zu ihren liberalen, sozialdemokratischen und grün-alternativen Kommilitonen. Sie weisen aber, so strittig man manche Ihrer Haltungen sehen mag, alles in allem keine auffälligeren antidemokratischen Tendenzen auf, wie sie bei den National-Konservativen häufiger anzutreffen sind.

Dieser Exkurs zur Nähe und Distanz zwischen christlich-konservativ und national-konservativ gesinnten Studierenden verweist darauf, sich der Frage zuzuwenden, inwieweit spezifische Themen und Ziele der National-Konservativen bei anderen Studierenden Anklang gefunden haben, von ihnen mitgetragen werden. Überspitzt und salopp: Wir haben uns nicht nur zu fragen, ob unter den Studierenden möglicherweise wieder potentielle Träger von Braunhemden sind, sondern auch, inwieweit andersfarbige Hemden, seien es rote, grüne, schwarze oder gelbe, einige braune Flecken aufweisen.

Die extreme Linke der Studierenden, die Marxisten-Kommunisten, haben immer noch, das zeigen unsere Daten, Probleme mit dem Verzicht auf Gewalt als Mittel der Politik und Auseinandersetzung; sie sind ebenfalls allzu schnell bereit, Feindbilder aufzubauen und Hassparolen anzustimmen. In dieser Hinsicht sind sie vielen National-Konservativen ähnlich, so stark sie sich auch in ihren Ansichten von ihnen unterscheiden und sie bekämpfen.

Darüber hinaus ist zu konstatieren, dass die Abwehr nationaler Überfremdung für weit mehr Studierende ein Thema ist, als sich national-konservativer Gesinnung zuordnen. An den westdeutschen Universitäten sind es noch am wenigsten, immerhin aber auch 14 Prozent, die das mehr oder weniger unterstützen; an den westdeutschen Fachhochschulen sind es schon 19 Prozent, die sich für die Abwehr nationaler Überfremdung aussprechen.

Im Osten ist etwa einem Drittel der Studierenden (an Universitäten 31%, an den dortigen Fachhochschulen gar 35 Prozent) das Nationale derartig wichtig, dass sie meinen, für die Abwehr kultureller Überfremdung votieren zu müssen. Das ist durchaus einer jener Anknüpfungspunkte für die "kulturrevolutionäre" Strategie der neuen Rechten an den Hochschulen und in der Studentenschaft. Es kommt daher darauf an, die manchmal sicherlich nicht einfache Balance zwischen nationaler Identität und internationaler Integration, zwischen multikultureller Gesellschaft und Wahrung der eigenen kulturellen Traditionen (mit ihren Selbstverständlichkeiten und Vertrautheiten) immer wieder herzustellen und gegen einseitige Vereinfachungen zu verteidigen.

Eine Ausländer-Raus-Bewegung findet sich bei den Studierenden nicht, manifeste fremdenfeindliche Äußerungen sind sehr selten. Aber von einer besonderen Aufgeschlossenheit gegenüber Ausländern, von einer selbstverständlichen Gastfreundschaft gegenüber Fremden kann bei vielen Studierenden auch nicht die Rede sein. Immerhin stimmen unter ihnen große Teile der politischen Position zu: "Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern": Insgesamt fast jeder zweite Studierende (44 Prozent). An den westdeutschen Universitäten zwar etwas weniger (36%), dafür an den ostdeutschen Hochschulen sogar die Mehrheit mit 59 Prozent bzw. 64 Prozent (an den dortigen Fachhochschulen). Ich erinnere daran, dass diese Parole: "Ausländer-Nicht-Rein!" spezifisch zum Arsenal und Vokabular der politisch Rechten und der National-Konservativen gehört - und vielleicht nur die feinere Variante zur Parole "Ausländer-Raus!" ist. Jedenfalls bestehen größere Affinitäten in der Studentenschaft zu derartigen Auffassungen. Es ist nicht Ausländerfeindlichkeit in erster Linie, es ist vielmehr ein Kranz aus einer Desensibilisierung für fremde Problemlagen, einer Entsolidarisierung mit sozial Schwächeren und einer Distanz und Ungastlichkeit gegenüber Fremden, die bei nicht wenigen Studierenden anzutreffen ist.

#### **(4) Demokratische Prinzipien und politische Wirklichkeit**

Wir haben uns die Frage nach den demokratischen Einstellungen der Studierenden, die ich schon angesprochen habe, genauer zu stellen, auch und gerade im Hinblick auf jene Studierenden mit national-konservativen Ansichten. Denn es ist von erheblicher Relevanz, ob die demokratischen Prinzipien akzeptiert oder abgelehnt werden.

Die beiden fundamentalen Prinzipien der freiheitlichen Demokratie sind die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit einerseits, die Ablehnung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung andererseits. Es sind dies die beiden untrennbaren Seiten der Medaille mit der Prägung "Demokratie". Beide Prinzipien finden unter den Studierenden in West wie Ost nahezu allgemeine Akzeptanz - ein wichtiger Konsens.

Unter den Jugendlichen in Deutschland ist die Gewaltakzeptanz und -bereitschaft insgesamt deutlich verbreiteter als unter den Studierenden. Jugendliche in Ost und West - so der Befund des Jugendsurveys des Deutschen Jugendinstituts (von 1992) - akzeptieren zu einem Viertel die Gewalt als Mittel der Politik, unter den Studierenden nur etwa jeder zehnte.

Andere Prinzipien der Demokratie, die auf plurale Interessenvertretung, kontroverse Auseinandersetzungen oder eine oppositionelle Streitkultur abheben, werden von Studierenden nicht so umfassend akzeptiert wie die beiden Grundprinzipien. Und die Unterschiede zwischen Studierenden in Ost- und Westdeutschland sind dabei erheblich. Im Westen bejahen nahezu zwei Drittel diese pluralen und kontroversen Elemente der Demokratie; im Osten dagegen nur etwa die Hälfte der Studierenden. Was aber wollen die anderen, die sie nicht teilen: Sehnen sie sich nach mehr Harmonie und weniger Freiheit, verlangen sie nach mehr Gemeinschaft (in der Nation oder im Sozialismus), wollen sie

mehr Führerschaft, die eines starken Mannes oder die einer Partei? Das kann ich nicht beantworten, weil dazu Untersuchungen fehlen, darüber ließe sich nur spekulieren.

Festzustellen ist jedenfalls: Mit den pluralen und kritischen, auch kontroversen Elementen, wie sie für die westlichen Demokratien typisch sind, haben manche der Studierenden in den alten Bundesländern, haben recht viele Studierende in den neuen Bundesländern ihre Schwierigkeiten.

Zu registrieren ist darüber hinaus, dass unter den ostdeutschen Studierenden zumindest neun Prozent als "tendenzielle Antidemokraten" bezeichnet werden können, im Vergleich zu etwa drei Prozent unter den westdeutschen Studierenden. In diesem bemerkenswert hohen Anteil tendenzieller Anti-Demokraten in den neuen Bundesländern spiegelt sich die häufigere Anhängerschaft extremer politischer Positionen. Beides zusammen stellt eine durchaus brisante Mixtur im politischen Potential eines relevanten Teils der Studentenschaft in den neuen Bundesländern dar.

#### **(5) Unterschiedliche Akzente im demokratischen Verständnis nach Fächergruppen**

Die beiden Grundprinzipien demokratischer Gesellschaften, die Demonstrations- und Meinungsfreiheit sowie die Ablehnung von Gewalt als Mittel politischer Lösungen, werden in allen Fächergruppen an Universitäten und an Fachhochschulen in nahezu gleicher Weise unterstützt. Die Unterschiede sind in dieser Hinsicht gering, sowohl an den west- wie an den ostdeutschen Hochschulen. In diesen wichtigen Grundlagen herrscht ein fächerübergreifender Konsens, der nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden darf.

Die pluralen, oppositionellen und kontroversen Elemente der freiheitlichen Demokratie werden allerdings auffällig unterschiedlich in den Fächergruppen akzentuiert.

Innerhalb der Hochschulen lassen sich anhand der verschiedenen Konfigurationen der Stellungnahmen drei "Typen von studentischen Demokraten" erkennen, die in den einzelnen Fächergruppen unterschiedlich dominieren (wobei die tendenziellen Anti-Demokraten in allen Fächern eine Minderheit bilden):

- die prinzipiell-vehementen Demokraten finden sich vor allem in den Sozialwissenschaften und im Sozialwesen sowie in den Geistes- und Sprachwissenschaften;
- die moderaten-unauffälligen Demokraten sind am häufigsten in den Naturwissenschaften und in der Medizin vertreten;
- die konventionell-formalen Demokraten sind häufig in den Rechtswissenschaften an Universitäten; sie sind besonders häufig in den Studiengängen der Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften an Fachhochschulen wie Universitäten.

Die sozialen Beziehungen zwischen diesen verschiedenen Gruppierungen von Demokraten sind durch manches untergründige Misstrauen geprägt, das sich in Unterstellungen und Konfrontationen ausdrückt, obwohl die demokratischen Grundprinzipien weitgehend geteilt werden (es handelt sich ja nicht um tendenzielle Anti-Demokraten). Das kann dazu führen, dass die Ernsthaftigkeit der demokratischen Überzeugungen gegenseitig bestritten wird.

Es würde wenig Sinn machen, Kontroversen um und zwischen diesen "demokratische Typen" wieder aufleben zu lassen. Es gilt vielmehr anzuerkennen, dass alle diese drei Akzentuierungen und Profilierungen demokratischer Einstellungen, wie sie in den Fächergruppen vertreten sind, mit der demokratischen Verfassung vereinbar und im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft vorhanden sein können. Streit und Auseinandersetzungen zwischen diesen "demokratischen Typen" dürfen nicht die gemeinsam geteilten Grundprinzipien verdecken und sie dürfen nicht die Grenzlinie zu den "Anti-Demokraten" verwischen, auf die es im Grunde ankommt.

Jedoch bleiben auch spezifische Gefährdungen der jeweiligen Typen zu beachten:

- Beim konventionell-formalen Typus kann unkritische Loyalität zu formalem Legalismus und blinder Anpassung führen.
- Beim prinzipiell-vehementen Typus vermag Kritik und Idealismus dogmatisch zu erstarren und in rigorosem oder sektiererischen Haltungen und Aktionen enden.

Derartige Gefährdungen sind bei gewissen Teilen der Studierenden durchaus zu beobachten.

## **(6) Infragestellen der etablierten Parteien**

Kritik und Ablehnung gegenüber der Praxis von Politik und Parteien ist unter den Studierenden im übrigen sehr weitreichend. Das drückt sich auch darin aus, daß sie sehr häufig die etablierten Parteien in Frage stellen. Im Westen können oder wollen drei Viertel der Studierenden mit den etablierten Parteien nichts mehr anfangen, die Hälfte sogar in vehementer Weise; im Osten teilen zwei Drittel diese Auffassung.

Die skeptische, kritische und überwiegend ablehnende Haltung eines Großteils der Studierenden gegenüber der parlamentarischen Volksvertretung, den etablierten Parteien und der politischen Praxis kann weder im Sinne einer "Ablehnung der Demokratie", (eher schon ihrer Verwirklichung) oder einfach als "Politikverdrossenheit" gedeutet werden (eher schon als Parteienverdrossenheit). Gegen die erste Interpretation spricht die weite Verbreitung "demokratischer Einstellungen" unter den Studierenden; gegen die zweite das nach wie vor hohe, wenngleich gegenüber früher gedämpfte Interesse an Politik und öffentlichem Leben. Im allgemeinen, das ist hervorzuheben, führt bei Studierenden Unzufriedenheit mit und Kritik an Zielrichtungen und Verfahrensweisen der Politik (auch ihre beruflichen Zukunftssorgen und selbst die Belastungen durch die Mi-



sere an den Hochschulen), nicht zu einer Aufgabe oder einem Abrücken von demokratischen Grundprinzipien. Sie haben in der Regel gelernt, beides zu trennen, eine wichtige Voraussetzung für den Bestand der Demokratie.

Dennoch darf nicht übersehen werden, dass bei einem Teil der Studierenden aufgrund des fehlenden Vertrauens und der tiefen Unzufriedenheit sich die Chancen der Resonanz und Akzeptanz extremer politischer Richtungen und tendenziell antidemokratischer Positionen erhöhen, Zusammenhänge, die vor allem (noch) bei Studierenden in den neuen Bundesländern auftreten.

### **(7) Demokratische Überzeugungen und politische Richtungen**

Das demokratische Verständnis der Anhänger verschiedener politischer Richtungen ist andersartig bestimmt und konturiert. Hervorzuheben ist die unterschiedliche Einstellung zur Gewalt einerseits, zum Vorrecht der öffentlichen Ordnung andererseits.

Gewaltbereitschaft zur Lösung von Konflikten findet bei beiden extremen Grundpositionen eher Anhänger, und zwar bei den National-Konservativen noch häufiger als unter den Kommunisten-Marxisten. Unter den Anhängern der anderen politischen Richtungen wird Gewalt ganz überwiegend und strikt abgelehnt, auch unter den Anhängern grün-alternativer Positionen. Von ihnen lehnen jeweils über 90 Prozent Gewalt als Mittel der Politik ab; dagegen sind es unter den Marxisten-Kommunisten nur 76 Prozent, und unter den Rechts-Konservativen sogar nur 72 Prozent.

Unter den Vertretern extremer Grundrichtungen ist ein erhöhtes Potential von Gewaltakzeptanz vorhanden. Diese Zusammenhänge zwischen höherer Gewaltbereitschaft bei den "linken" Extremen einerseits, noch stärker bei den "rechten" Extremen andererseits sind für die Jugendlichen insgesamt in Ost wie West ebenfalls erkennbar - sogar noch ausgeprägter.

Öffentliche Ordnung als Maßstab dafür, ob das Recht auf Streik und Demonstrationen eingeschränkt werden kann, trennt das Meinungsbild der Studierenden am stärksten. Auf der einen Seite stehen die Anhänger konservativer Positionen, seien sie christlich oder national bestimmt, die der öffentlichen Ordnung den Vorrang geben; auf der anderen Seite alle anderen politischen Richtungen, deren Anhänger auf dem Vorrecht von Streiks und Demonstrationen beharren. Die Einstellungen liegen soweit auseinander, dass sie einen stark kontroversen Charakter aufweisen.

Sicherlich mag mancher einwenden, eine national-konservative Haltung oder das Vertreten national-konservativer Positionen sei für sich noch nicht verwerflich, sondern erst, wenn es im undemokratischen Geiste auftritt und mit Gewaltbereitschaft verbunden ist. Wir haben uns folglich zu vergewissern, wie jene, die sich selbst als national-konservativ einordnen, mit den demokratischen Prinzipien umgehen - in Worten wie in Taten.

Zum ersten: Gerade mit den pluralen, offenen, freiheitlichen Elementen der Demokratie haben die National-Konservativen große Probleme. Sie werden von ihnen sogar mehrheitlich abgelehnt. Dies sind in der Tat gefährliche Signale anti-demokratischer Tendenzen.

Besonders gravierend: Ein hoher Anteil von ihnen akzeptiert oder vertritt Gewalt als Mittel der Politik; an den westdeutschen Universitäten jeder fünfte von ihnen, an den ostdeutschen sogar jeder dritte. Allzu viele National-Konservative stehen demnach nicht zum Grundkonsens der Verfassung im Sinne der Meinungs- und Demonstrationstfreiheit sowie des Gewaltverzichts.

Unter den anderen politischen Gruppierungen in der Studentenschaft wird eine derartige Gewaltakzeptanz nur von zwei bis fünf Prozent geteilt, weit-weit weniger als bei den National-Konservativen. Es sind diese intoleranten, unfreiheitlichen, gewaltbereiten Elemente in den Haltungen vieler National-Konservativer, von denen eine Gefährdung für das demokratische Zusammenleben ausgeht, selbst wenn sie sich nicht in eigenen studentischen Gewaltaktionen oder Ausschreitungen äußern.

#### **(8) Zum Wandel in der politischen Gesinnung der Studierenden**

Die Einstellungen zu den demokratischen Prinzipien haben sich in der westdeutschen Studentenschaft in den letzten zwölf Jahren kaum verändert, ihre demokratische Grundhaltung hat sich eher gefestigt. Unverändert groß ist die Distanz zu den etablierten Parteien, die Kritik an der Politik und die Unzufriedenheit mit den Mitwirkungschancen geblieben, sie hat sogar tendenziell zugenommen. Eine Verbreitung national-konservativer Gesinnungen in der Studentenschaft war von uns nicht zu registrieren, das will ich noch einmal betonen. Die Studierenden sind konventioneller und pragmatischer, weniger kritisch und reformorientiert geworden, in Teilen auch konservativer, aber eben nicht nationalistischer oder rechts-extremer. Das bestätigen auch andere Untersuchungen.

Auf dieser Grundlage und in diesem Rahmen haben sich aber einige Veränderungen eingestellt, die insgesamt einen Wandel im politischen Bewußtsein und Potential der Studierenden darstellen. Einige Züge dieses Wandels will ich kurz und skizzenhaft benennen:

- Der abrupte Verlust von Ideologiestücken und Zielen sozialistischer Provenienz; damit einhergehend eine Desensibilisierung gegenüber Themen der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität.
- Die Abnahme weitreichender System- und Herrschaftskritik; ein Verzicht darauf, die grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnisse in Zweifel zu ziehen, gar die Machtfrage zu stellen.
- Das Abstandnehmen von alternativen Werten, noch Anfang der 80er Jahre stark in Mode wie: Ausstieg aus den beruflichen Zwängen der Leistungsgesellschaft, Vorrang der Selbstverwirklichung, Verzicht auf materiellen Wohlstand.

- Stattdessen: Betonung von wirtschaftlicher Stabilität und materieller Wohlfahrt; eine verstärkte Ausrichtung auf Sicherheit, Fortkommen und Eigeninteressen.
- Gesellschaftspolitisch finden konventionelle und konservative Ziele wieder vermehrt Unterstützung, wie Sicherung der Marktwirtschaft, Stärkung der Familie, Bekämpfung der Kriminalität.
- Ein Erlöschen der Begeisterung für soziale Bewegungen oder Reformideen; die Friedensbewegung war die letzte dieser Art, die noch größere Teile der Studierenden erfasst hat.
- Neue Formen des Zusammenlebens und des Arbeitens, Zeichen von sozialer Innovationsfreudigkeit und Experimentierlust, werden kaum noch gesucht oder erprobt.
- Der Anspruch einer eigenständigen politischen Aufgabe der Studentenschaft, einer "studentischen Politik" ist endgültig verlorengegangen.

Den politischen Wandel in der Studentenschaft will ich zusätzlich an zwei Nuancen erläutern, die mir aufschlussreich für veränderte gesellschaftliche Sichtweisen und Wertungen erscheinen.

Erstens: Die westdeutschen Studierenden nehmen weit häufiger wahr, dass die sozialen Unterschiede groß sind, d.h. ein größeres Ausmaß an sozialer Ungleichheit ist ihnen bewusst. Dennoch halten sie diese (größere) Ungleichheit keineswegs häufiger für ungerecht. Sie sind gegenüber sozialer Ungleichheit unsensibler geworden. Das hängt auch damit zusammen, dass ihnen Konkurrenz zu einem Hauptwort, Solidarität nahezu zu einem Fremdwort geworden ist. Zugleich hat der Fatalismus gegenüber den sozialen Verhältnissen zugenommen, denn mehr Studierende halten es nicht für möglich, die sozialen Ungleichheiten abzuschaffen.

Zum zweiten: Wettbewerb und Technik, die für viele als Grundlage und Motor des gesellschaftlichen Fortschritts gelten, erfahren eine andere Bewertung, vor allem hinsichtlich des Wettbewerbs hat ein Meinungsumschwung stattgefunden. Noch 1983 vertrat eine Mehrheit die Meinung, der gegenseitige Wettbewerb zerstöre die Solidarität unter den Menschen (49%); dagegen teilte nicht einmal ein Drittel die Ansicht, ohne Wettbewerb würden sich die Menschen nicht anstrengen (30%). Heute erfährt der Wettbewerb eine ganz andere Beurteilung, die Verteilung der Urteile ist nahezu vertauscht: die negative Funktion (Zerstörung der Solidarität) sehen weniger als ein Drittel (31%), die positive Funktion des Anreizes zur Anstrengung bekräftigen jetzt weit mehr (42%).

Die Veränderung im politischen Habitus der Studierenden beziehen sich nicht nur auf Orientierungen und Vorstellungen, auf Präferenzen und Sichtweisen, sie beziehen sich ebenfalls, und das ist gleichermaßen bedeutsam, auf die politischen Interessensfelder, die Aktivitäten und Verhaltensweisen. Das hat eine Verschiebung der politischen Energie und eine andersartige Präsenz auf der politischen Bühne an den Hochschulen zur Folge.

In der westdeutschen Studentenschaft hat in den 80er Jahren das Ausmaß der Gegensätzlichkeit und die Tiefe mancher Kluft zwischen den verschiedenen "politischen Lagern" nachgelassen. Zurückzuführen ist dies auf das Erlahmen links-alternativer Handlungspotentiale (vor allem unter den Sozialwissenschaftlern) mit dem Wegbrechen "sozialistischer Zielpräferenzen" ebenso wie dem Rückgang an "alternativen Wertüberzeugungen".

Der "Gesinnungswandel" im Westen bezieht sich demnach auf ein Verlorengelangen einstmals dominanter Gesinnungen wie links-sozialistisch, kritisch-reformerisch oder idealistisch-alternativ. An ihre Stelle ist kein neues spezifisches Profil oder gar eine andere "Bewegung" getreten.

Insofern nimmt die westdeutsche Studentenschaft nunmehr insgesamt eine überwiegend realistisch-pragmatische, eher moderate und wenig kritisch-alternative politische Grundhaltung ein; es hat ein Anpassungsprozeß stattgefunden. Manche nennen dies, eher erleichtert, einen Prozess der "Entideologisierung", andere konstatieren, eher besorgt, gleichsam ein "politisches Vakuum und Orientierungslosigkeit" bei den Studierenden.

Im Gegenzug zu dieser Entwicklung in der westdeutschen Studentenschaft ist nach der Vereinigung eine stärkere Dissonanz in den politischen Positionen zu den ostdeutschen Studierenden eingetreten (und innerhalb der ostdeutschen Studentenschaft selbst). Sie ist gekennzeichnet durch eine stärkere Vertretung extremer Flügel auf der rechten wie auf der linken Seite, sei es national-konservativer oder sozialistisch-kommunistischer Provenienz.

Diese größere Heterogenität im Zusammenhang mit einer stärkeren Präsenz extremer politischer Richtungen ist einerseits wohl dadurch begründet, dass nicht wenige Studierende aus der ehemaligen DDR mit der westlichen politischen Parteienlandschaft, ihren Traditionen und ihren Programmen, noch weniger vertraut sind. Andererseits dürfte es auch daran liegen, dass sie mit dem westlichen Modell einer offenen, konkurrierenden und kontroversen Demokratie in Teilen noch gewisse Schwierigkeiten haben.

Diese Schwierigkeiten resultieren nicht zuletzt daraus, dass ihnen die dazugehörigen Grundwerte (wie Freiheit, Gleichheit, Mitbestimmung) und die Versprechungen damit verbundener Wohlfahrt (wie Stabilität, soziale Sicherheit, materieller Wohlstand) in ihren Teilgebiet Deutschlands oftmals noch viel zu wenig eingelöst sind.

## **(9) Bilanz und Folgerungen**

Meine Ausführungen zum politischen Bewußtsein der Studierenden, oftmals nicht mehr als Schlaglichter zu ihren politisch-gesellschaftlichen Orientierungen, lassen sich in sechs zentralen Befunden bilanzieren:

(1) Die große Mehrheit der Studierenden steht der national-konservativen Gesinnung ablehnend gegenüber; Studierende favorisieren mehrheitlich grün-alternative und sozialdemokratische Positionen, vor allem im Westen; während an den ostdeutschen Hochschulen extreme linke und rechte Positionen häufiger anzutreffen sind.

(2) In ihrem Festhalten an demokratischen Grundprinzipien ist sich die studentische Mehrheit einig; das Beibehalten des Gewalttabus (als politisches Mittel) und das Eintreten für Meinungs- und Demonstrationsfreiheit sind wichtige Gemeinsamkeiten der Studierenden. Die allermeisten wären, wie schon in den 70er Jahren, als "sattelfeste" und "stabile" Demokraten zu bezeichnen, nach wie vor.

(3) Aber es gibt Minderheiten, an den westdeutschen Universitäten klein, an den ostdeutschen Hochschulen beachtlich groß, die eine national-konservative Gesinnung und rechte Positionen vertreten und mit einer tendenziell antidemokratischen Haltung verbinden. Bei ihnen ist zudem die Akzeptanz von Gewalt viel weiter verbreitet - ein britisches Konglomerat.

(4) Zudem werden einzelne politische Positionen ursprünglich national-konservativer Provenienz, wie Ausgrenzung und Abschiebung von Ausländern oder die Abwehr kultureller Überfremdung, von nicht wenigen Studierenden geteilt, wiederum vor allem im Osten. Auch manche Antipathien gegen Aspekte der freiheitlichen Demokratie finden bei gewissen Teilen der Studentenschaft Resonanz.

(5) Es hat sich ohne Zweifel ein Mehr an Konventionalität in der Studentenschaft eingestellt; Utopien, schon gar sozialistischen Charakters, sind nicht mehr gefragt. Anpassung, Eigeninteressen und Durchkommen, das steht für sehr viele Studierende erst einmal im Vordergrund. Im Zuge sich verbreitender Abstinenz und Gleichgültigkeit hat sich die politische Energie im Links-Rechts-Spektrum und zwischen den Fächern verschoben.

(6) Ein national-konservativer Gesinnungswandel im Ganzen hat in der Studentenschaft jedoch nicht stattgefunden. Diese Ausgangsfrage lässt sich bislang, auch unter Hinzuziehung anderer Quellen und Untersuchungen, eindeutig verneinen. Immer noch weit weniger als die Bevölkerung oder altersgleiche Jugendliche folgen die Studierenden rechten oder extremen Rattenfängern und ihren falschen Melodien.

Dennoch lässt sich der Eindruck nicht von der Hand weisen, national-konservative Kräfte hätten in der Studentenschaft an Einfluss gewonnen, würden zumindest häufiger versuchen, Einfluss zu nehmen. Da ich diese Eindrücke auch gewonnen habe und für zutreffend halte, wenn ich etwa an das Auslegen von Flugblättern und Zeitschriften, Veranstaltungen und Auftritte beobachte, dann muss ich diesen gewissen Widerspruch zu unserem Befund, national-konservative Gesinnungen hätten sich in der Studentenschaft nicht ausgedehnt, auflösen. Ich meine, das ist möglich, wenn wir drei Prozesse beachten, die miteinander verschränkt sind und ineinander greifen. Ich will das in einer kurzen Argumentation verdeutlichen.

Erstens: Der Absturz von linken, reformerischen und alternativen Idealen und Überzeugungen in der Studentenschaft im Laufe der letzten zwölf Jahre hat dazu geführt, dass deren Anhänger abgetreten sind und die Bühne frei gegeben haben für andere.

Zweitens: Die Verschiebung der politischen Energie und Ansprüche in Richtung zu den Juristen und Ökonomen lässt diese vermehrt die Bühne betreten und die Meinungsführerschaft übernehmen, während sich die Kultur- und Sozialwissenschaftler in einer kollektiven Schweigespirale zurückgezogen haben, nicht mehr den dominierenden Widerpart darstellen oder die Gegenreden halten.

Drittens: Die Präsenz und Geltung nicht nur konventionell-konservativer, sondern auch häufiger national-konservativer und rechter Positionen bis hin zu manch problematischen Einstellungen gegenüber den demokratischen Prinzipien sind in den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften überproportional hoch. Sie haben daher die Chance, häufiger auf der Bühne vertreten zu sein und das Wort zu ergreifen.

Alles in allem: Die National-Konservativen und Rechten mit ihren anti-demokratischen Tendenzen, so wenige es an den Universitäten geblieben sind, sind gleichsam die Profiteure der Verschiebung in der politischen Energie und der Entideologisierung auf Seiten der Linken und Alternativen. Sie profitieren auch von der verbreiteten Gleichgültigkeit und Ideenlosigkeit eines Großteils des studentischen Publikums. Ihre nach wie vor zahlenmäßige wie geistige Spärlichkeit erhält dadurch ein erhöhtes Gewicht. Und dieses scheinbar höhere Gewicht im politischen Vakuum kann und wird als tatsächliche Beeinflussungschance gesehen und genutzt, gerade angesichts mancher politischen Unzufriedenheit und Unklarheit.

Das ist zumindest der Anfang jener Spirale, auf den die Rechten setzen, und die sie nun hoffen, in Gang setzen zu können; deshalb ihre verstärkten Bemühungen. Dass ihnen das abermals nicht gelingt, ihnen zumindest bei den Studierenden kein größerer Erfolg beschieden sei, dazu bedarf es weiterer Aufklärungen und Auseinandersetzungen.

Bei einer kürzlichen Präsentation unserer Befunde im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft in Bonn, Förderer und Finanzier unserer Erhebungen, anlässlich also eines Fachgesprächs mit Vertretern und Vertreterinnen der Hochschulen, der Verbände, der Studierenden und des Ministeriums, haben wir auch über das Thema "Student und Politik im vereinten Deutschland" berichtet und diskutiert. Am Ende unseres dortigen Referates haben wir gefolgert, dass die Befunde Anlass zu manchen Überlegungen abgeben, vorsichtig und gediegen formuliert. Drei davon will ich hier hervorheben:

- Wie können bedenkliche Signale extremer politischer Haltungen und anti-demokratischer Tendenzen in der Studentenschaft aufgegriffen werden? Und wie kann ihnen durch politische Bildungsarbeit an den Hochschulen und Schulen entgegengewirkt werden?
- Wie kann das hochschulpolitische Interesse und Engagement wieder befördert, die allzu große studentische Gleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit überwunden

werden, damit die Studierenden in ihrem unmittelbaren Lebensfeld verstärkt demokratische Partizipation und den Gebrauch öffentlicher Tugenden wieder anwenden können und nicht verlernen.

- Wie können die Dissonanzen in den politischen Überzeugungen und gegenseitigen "Bildern" zwischen westdeutschen und ostdeutschen Studierenden behoben werden, wie ist ein Austausch der Erfahrungen und Ideen zu bewerkstelligen, der sich offenbar angesichts der gegenseitigen Vorbehalte nicht von alleine einstellt?

Selbstverständlich dürfen sich die angesprochenen und angeregten Überlegungen nicht auf Reden und Appelle, auf Seminare und Ansprachen allein beschränken - so wichtig diese sind. Es bedarf insbesondere der Veränderungen in der Sache und in den Situationen. Das heißt konkret:

- Den Studierenden sind an den Hochschulen mehr Einflusschancen einzuräumen, in den Fächern wie in den Gremien. Ihr Gestaltungswille muss Felder der Betätigung haben, um sich wieder zu entwickeln.
- Die Lebensverhältnisse der Ostdeutschen sind beschleunigt denen im Westen anzugleichen - nicht nur was die materielle Wohlfahrt betrifft, sondern auch die politischen Grundrechte, die ihnen vorenthalten oder nur widerwillig zugestanden werden, ein Zustand, der viele Jugendliche und manche Studierende in die Arme der Rechten treibt.
- Es darf nicht länger ein Mehr an Ungleichheit und Ausgrenzung betrieben oder produziert werden. Viele Jugendliche geben an Ausländer oder andere Minderheiten nur weiter, was sie selbst erfahren haben: gesellschaftliche Ausgrenzung.
- In den Bereichen der Bildung und Ausbildung, an Schulen und Hochschulen ist mehr zu investieren. Das betrifft nicht nur den Ausbau der Stellen und Kapazitäten, sondern ebenso die Förderung der Qualität im allgemeinen und der politischen Bildungsarbeit im speziellen.

Ich halte diese vier Forderungen nicht für irgendwie parteipolitisch begründet, dann blieben sie recht beliebig. Sie stellen vielmehr zwingende Voraussetzungen dar, soll dem Rechtsextremismus, der Gewaltbereitschaft, dem Wiederaufleben national-konservativer Gesinnungen mit ihren demokratiefeindlichen Tendenzen in größeren Teilen der Jugend und in manchen Teilen der Studentenschaft wirksam und auf Dauer begegnet werden.

(Referat an der Universität Konstanz am 26. Mai 1994 auf Einladung des AStA)







**ISSN 1616-0398**